

LIBERALE SENIOREN

Nordrhein-Westfalen

Peter Schröder gibt Landesvorsitz auf

Am 13.08.2018 ereilte uns die Nachricht, dass Peter Schröder aus gesundheitlichen Gründen mit sofortiger Wirkung vom Vorsitz der Liberalen Senioren NRW zurücktritt. Der Vorstand war erst einmal schockiert, hat Herr Schröder doch als Nachfolger von Arno Brodowski den Landesverband freundlich und mit Geschick geführt. Man muss aber respektieren und anerkennen, wenn sich ein Vorstandsmitglied entscheidet, dass es die Arbeit nicht mehr im Sinne des Verbands umsetzen kann und sich daher aus dem Vorstand zurückzieht.

Unseren Dank möchten wir - der Landesvorstand NRW - Herrn Schröder für seine gute Arbeit und Führung des Verbandes aussprechen. Lieber Herr Schröder, Ihnen und Ihrer Frau die besten Wünsche. Werden Sie wieder gesund!

Der Landesvorstand hat beschlossen, dass die beiden Stellvertretenden Vorsitzenden Elmar Conrads-Hassel und Manfred Todtenhausen MdB bis zur Neuwahl des bzw. der Vorsitzenden den Landesverband gemeinsam führen.



Liebe Mitglieder,

die außergewöhnlich gute ökonomische Lage Deutschlands, die sich allein schon aufgrund des demographischen Wandels nicht wiederholen wird, nutzt die Große Koalition leider nicht für dringend benötigte Investitionen und überfällige Entlastungen der Bürger. Allein in dieser Wahlperiode wird die Regierung nach der letzten Steuerschätzung 117 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen. Angesichts dieser Zahl ist die erst für das letzte Jahr der Legislatur angekündigte Entlastung der Bürger um magere 9,08 Milliarden Euro nicht mehr als ein schlechter Scherz. Die Freien Demokraten fordern die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages ab 2020, so wie es bei seiner Einführung zugesagt wurde und auch finanzierbar ist.

Doch Union und SPD verzetteln sich stattdessen in eine Vielzahl von kostenträchtigen Vorhaben, von denen nur Teile der Bevölkerung profitieren. Eine gesamtgesellschaftliche Strategie fehlt. Die Sozialausgaben werden bis 2021 um 15,5 Milliarden Euro ansteigen. Grund dafür sind ein teures Rentenpaket und zahlreiche Geschenke zulasten der Steuerzahler, die viel kosten und wenig helfen. Die Grundrente, die Lebensleistungsrente und die Mütterrente II werden die jüngeren Generationen dauerhaft belasten, ohne ein echter Beitrag gegen die Altersarmut zu sein.

Einführung der elektronischen Patientenakte

Das E-Health-Gesetz von 2015 legte den Grundstein zur Einführung einer elektronischen Patientenakte (ePA). Damit soll den Versicherten ein einfacher Zugriff auf ihre medizinischen Daten, den elektronischen Arztbrief, Behandlungsberichte und den Medikationsplan ermöglicht werden. Unnötige Doppeluntersuchungen sowie Behandlungs- und Diagnosefehler können in Zukunft so reduziert werden. Trotz des Bekenntnisses der Regierungsfractionen, eine ePA bis 2021 einzuführen, fehlt ein klarer Fahrplan zur verbindlichen Spezifikation, zur flächendeckenden Einführung und zur Finanzierung. „Wie sehr der Bundesgesundheitsminister hinterhinkt, zeigt sich schon dadurch, dass Krankenkassen bereits mit eigenen Konzepten gestartet sind“, kritisiert die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Christine Aschenberg-Dugnus. „Wir brauchen dringend einen Rahmen, um den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen zu regeln. Dabei ist es wichtig, dass die Patienten selbst entscheiden, ob und welche ihrer Daten gespeichert werden dürfen. Die ePA darf nicht nur Stückwerk im Digitalisierungsprozess sein. Wir brauchen ebenfalls eine funktionierende Telematikinfrastruktur bei Ärzten, in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen. Daher setzt sich die FDP-Fraktion für ein E-Health-Gesetz mit Lösungen für das digitale Rezept sowie einer Vernetzung und Optimierung der sektorenübergreifenden Versorgung ein.“

Schon die Mütterrente I aus 2014 hatte zusätzliche Ausgaben von rund sieben Milliarden Euro pro Jahr zur Folge. Die Mehrausgaben der Mütterrente II werden sich auf jährlich 3,7 Milliarden Euro belaufen. Zudem werden neue Ungleichbehandlungen geschaffen, weil diese nur für Familien mit drei und mehr Kindern zum Tragen kommen soll. Wenn Union und SPD eine solche Zusatzleistung wollen, müssten sie eine vollständige und dauerhafte Finanzierung aus Steuermitteln sicherstellen. Das passiert aber weder für die Mütterrente I noch II.

Deshalb fordert der rentenpolitische Sprecher der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Johannes Vogel, der Rentenpolitik eine völlig andere Richtung zu geben: „Erstens eine zielgerichtete Politik für diejenigen, die wirklich von Altersarmut bedroht sind, statt Milliardenausgaben mit der Gießkanne. Zweitens die kapitalgedeckte Vorsorge endlich besser machen, wie unsere Nachbarländer uns das in vielen Fällen erfolgreich vormachen. Und drittens einen flexiblen Renteneintritt nach skandinavischem Vorbild einführen. Dort gilt eine ganz einfache Regel: Wer später geht, bekommt mehr, wer früher geht, bekommt weniger Rente. Das ist fair. Und wenn man doch wieder arbeiten oder sich etwas dazuverdienen möchte, ist auch das ohne Weiteres und ohne bürokratische Zuverdienstgrenzen möglich. So werden auch individuelle Teilrentenmodelle ganz einfach. Die skandinavischen Länder machen uns das erfolgreich vor und die Statistik zeigt, dass die Menschen dort im Schnitt viel länger arbeiten als bei uns. Nicht weil sie müssen, sondern weil sie es wollen.“

So empfehlen es zum Beispiel auch der IWF oder die OECD. Etwa durch Freibeträge bei der Grundsicherung will die FDP gezielt denen helfen, die von Altersarmut bedroht sind. Dazu gehört, die Beantragung und Auszahlung unter dem Dach der Rentenversicherung zusammenführen, damit kein Versicherter im Alter zum Sozialamt gehen muss.

Was den Bundeshaushalt betrifft, schlagen die Freien Demokraten gezielte, gegenfinanzierte Investitionen in die Zukunft unseres Landes vor: in die berufliche Bildung, in die Förderung der Digitalisierung, in neue Technologien bei der Bundeswehr, in Landwirtschaft und Mittelstand sowie in die Umsetzung von Pilotprojekten zur Blockchain-Technologie. Jedes kleine und mittlere Unternehmen und jede Schule muss über eine schnelle Internetverbindung verfügen, damit wir den Wandel erfolgreich mitgestalten können. Das sind nur einige Beispiele. Das Geld ist da, aber es fehlt dieser Regierung der politische Wille, sich auf wesentliche Ziele zu fokussieren.

Manfred Todtenhausen & Elmar Conrads-Hassel

Stellvertretende Landesvorsitzende, Liberale Senioren NRW